

Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte
Bürgermeister

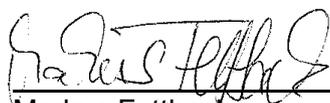
Niederschrift

Gremium:	Ausschuss für Soziales, Bildung, Kultur und Sport
Sitzungsdatum:	Montag, den 25.11.2024
Sitzungsdauer:	19:00 - 21:04 Uhr
Sitzungsort:	Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte

Öffentliche Sitzung

es folgte eine
Nichtöffentliche Sitzung

Nichtöffentliche
Sitzung



Markus Fettback
Vorsitzender



Andrea Schwarzlose
Protokollführer

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Markus Fettback

Bürgermeister

Herr Andreas Brohm

Mitglieder

Frau Edith Braun
Frau Petra Fischer
Herr Werner Jacob
Herr Thomas Mildt
Herr Björn Paucke
Herr Norman Rentner
Herr Dennis Weiß

sachkundige Einwohner

Herr Torsten Fettback

Ortsbürgermeister

Frau Rita Platte

Protokollführer

Frau Andrea Schwarzlose

Mitarbeiter Verwaltung

Frau Kathleen Altmann

Abwesend:

Mitglieder

Frau Alexandra Schleef entsch.
Frau Dr. Anita Schupet entsch, vertr. Hr. Rentner

sachkundige Einwohner

Frau Astrid Göttler entsch.
Herr Lukas Reddigan entsch.

Tagesordnung

zur öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Bildung, Kultur und Sport der EGem Stadt Tangerhütte am Montag, 25.11.2024, 19:00 Uhr im Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte.

Öffentliche Sitzung

DS-NR.

- | | | |
|-----|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------|
| 1. | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit | |
| 2. | Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung | |
| 3. | Verpflichtung einer sachkundigen Einwohnerin auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Amtspflichten durch den Ausschussvorsitzenden | |
| 4. | Abstimmung über die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses vom 21.10.2024 | |
| 5. | Einwohnerfragestunde | |
| 6. | Information des Ausschussvorsitzenden | |
| 7. | Antrag der Fraktionen WG Lüderitz und CDU-WG Zukunft - Beratung der Satzung zur Entschädigung ehrenamtlich Tätiger | BV 0154/2024 |
| 8. | Antrag der Fraktionen WG Lüderitz und CDU-WG Zukunft - Aufnahme und Beratung der Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte | BV 0155/2024 |
| 9. | Haushaltskonsolidierungskonzept 2025 - 2033 | BV 0151/2024 |
| 10. | Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2025 | BV 0152/2024 |
| 11. | Information zur Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen | |
| 12. | Anfragen und Anregungen, Sonstiges | |

Öffentliche Sitzung

16. Wiederherstellung der Öffentlichkeit
17. Bekanntgabe der in nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse
18. Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil

TOP 1: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit

Herr Fettback eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung fest. Entschuldigt fehlen Frau Schleef, die sachkundigen Einwohner Frau Göttler und Herr Reddigan. Für Frau Dr. Schupet ist Herr Rentner anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

TOP 2: Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Herr Fettback erklärt, dass er mit der Tagesordnung (TO), wie sie zustande gekommen ist und dem Weg dorthin nicht zufrieden ist. Er liest den E-Mail-Verkehr zwischen ihm und Herrn Brohm vor. Es geht um die Anträge der CDU-WG Zukunft und WG Lüderitz, die in zwei Tagesordnungspunkte (TOP) geteilt wurden. Herr Fettback hatte den Bürgermeister aufgefordert, die Anträge als Einzelpunkte auf die TO zu setzen, wie sie eingereicht worden sind. Er bekam von Herrn Brohm die Antwort, dass der eine Antrag, zwei Beschlüssen zufolge hat. Diese Antwort hatte seine Frage nicht beantwortet. Er findet, ein Bürgermeister kann nicht einen Antrag verändern, sodass dieser in zwei TOP auftaucht. Nach ständigen Hin und Her, hat Herr Fettback Herrn Dr. Dreihaupt gebeten, sich mit einzuschalten. Das hat was mit politischer Kultur, Verlässlichkeit und wie man miteinander umgehen möchte zu tun. Herr Dr. Dreihaupt hat zu ihm gesagt, dass die Anträge so in der TO aufgenommen werden, wie sie gestellt worden sind. Letztendlich hat er der TO zugestimmt, da man sonst den Austausch nicht hätte. Er spricht Herrn Brohm an, dass er wenig auf die Anträge achtet, dies zeigt sich in den Ausführungen und den Anmerkungen zu dem Antrag für die Entschädigungssatzung der Feuerwehr. Herr Brohm wurde aufgefordert, einen Vorschlag zu unterbreiten für die Satzung der Ehrenamtlichen und den Ehrenamtlichen in den Feuerwehren. Dann schreibt aber Herr Brohm, dass er aufgefordert wurde, mit der Feuerwehr über die Satzung zu besprechen. Das stimmt überhaupt nicht und ist inhaltlich nicht richtig. Dadurch wird ein Misstrauen hervorgerufen. Der eine Antrag von der Fraktion WG Lüderitz, mit den freiwilligen Aufgaben, wurde als Änderungsantrag hinter dem Haushalt gelegt. Er findet, dann hätte der Antrag schriftlich in der Einladung aufgeführt werden müssen. Wieso kann Herr Brohm keinen Unterpunkt machen? Er meint, Herr Brohm beschädigt mit seinem Verhalten die politische Kultur. Herr Fettback hat sich bei der Kommunalaufsicht erkundigt und Herr Brohm hat recht, dass dieser in zwei TOP behandelt werden muss, weil zwei Satzungen betroffen sind. Das hätte Herr Brohm der einreichenden Fraktionen schreiben und vorschlagen können, dass so zu tun. Er bittet Herrn Brohm es zukünftig anders zu machen.

Frau Braun hat am 21.10.24 aus dem Sozialausschuss einen Antrag für den Stadtrat gestellt. Sie liest den Antrag vor. Sie hat eigentlich erwartet, dass dieser im Sozialausschuss und Bauausschuss noch einmal aufgenommen wird, bevor es im Stadtrat zur endgültigen Beschlusslage kommt. Sie findet, dass es einfach so gemacht wird, wie die Verwaltung es gerne hätte. Sie weist noch einmal darauf hin, dass dieser Antrag bei dem nächsten Stadtrat mit drauf zu sein hat. Sie würde es gut finden, wenn es eine extra E-Mail-Adresse für die Anträge geben würde.

Herr Fettback lässt über die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 7x Ja, 0x Nein, 1x Enthaltung

Damit ist die Tagesordnung ohne Änderung zugestimmt.

TOP 3: Verpflichtung einer sachkundigen Einwohnerin auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Amtspflichten durch den Ausschussvorsitzenden

Die Verpflichtung kann nicht durchgeführt werden, da die sachkundige Einwohnerin nicht anwesend ist.

TOP 4: Abstimmung über die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses vom 21.10.2024

Herr Fettback lässt über die Niederschrift vom 21.10.2024 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 7x Ja, 0x Nein, 1x Enthaltung

TOP 5: Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

TOP 6: Information des Ausschussvorsitzenden

Herr Fettback übergibt das Wort an Frau Altmann.

Frau Altmann berichtet über den Stand der Kinder- und Jugendarbeit. Seitens des Landkreises gibt es bisher noch keine Rückmeldung für den gestellten Förderantrag. Man ist weiter auf der Suche nach Ehrenamtlichen, die in diesem Bereich mitarbeiten möchten. In Demker hat sich jemand gefunden.

Herr Fettback fragt nach, ob es Förderprogramme gibt, die einen Umbau oder Ähnliches unterstützen würden.

Frau Altmann antwortet, dass ihr nichts bekannt ist.

Frau Braun erklärt, dass bei dem Antrag zum Landkreis auch der Antrag für den Jugendclub Lüderitz drin ist. Das Problem für sie ist, dass die Verwaltung und Herr Brohm die 10.000 € für die Erschließungsmaßnahme nicht auszahlt, obwohl es einen Stadtratsbeschluss dafür gibt. Sie kann dies nicht akzeptieren, dass hier nichts unternommen und ihr ein Stein in den Weg gelegt wird. Die Firmen für die Erschließung wurden beauftragt. Sie fühlt sich alleine gelassen und geht in Vorleistung. Durch die Verschleppung sind die Preise gestiegen. Frau Braun wird ca. 7.000 € zusätzlich bezahlen müssen. Sie möchte eine Stellungnahme von Herrn Fettback haben, wie man hier miteinander umgeht.

Herr Fettback erklärt, dass es in allen Ecken und Enden knatscht. Es gibt Stadtratsbeschlüsse, die nicht umgesetzt, umgedeutet und zurückgestellt werden. Er findet, die Verwaltung sollte dieses Geld bereitstellen.

Herr Jacob meint, dass man an mehreren Stellen die Beschlüsse nicht umsetzt. Er schlägt vor, zum nächsten Stadtrat mal zu schauen, welche Beschlüsse das sind. Dann können wir gemeinsam einen Antrag stellen, dass die Verwaltung aufgefordert wird, alle noch nicht erfolgten Beschlüsse unverzüglich umzusetzen. Darüber hinaus den Landrat zu informieren, mit der Aufforderung und Bitte, diesem Nachdruck zu verleihen. Es ist Aufgabe des Hauptverwaltungsbeamten, die Beschlüsse umzusetzen und sollte er diese nicht für rechtlich halten, dann kann er in Widerspruch gehen. Sollte Herr Brohm nicht widersprechen, hat er sie umzusetzen.

Herr Fettback hat eine Pressemitteilung (PM) gelesen über die Kita Demker. Die Eltern aus Demker kämpfen seit einem Jahr um ihre Kita. Er findet, die Eltern waren in der Sondersitzung sehr arrangiert, gut vorbereitet, sachlich und nicht persönlich gewesen. Fast alle Stadträte haben Herrn Brohm aufgefordert, die Kita zu öffnen und die Betreuung vorzunehmen. Das blendet Herr Brohm aus und schreibt als Überschrift der PM „Mehr Kinder und nicht mehr Kindergärten“ ist das Fazit dieser Sitzung. Er fragt Herrn Brohm, ob er auf eine andere Sitzung gewesen ist? Er erklärt, dass das Fazit der Sitzung gewesen ist, dass man die Infrastruktur in den Orten braucht, wenn wir attraktiv sein wollen. „Kurze Beine, kurze Wege“, man will nicht, dass die Infrastruktur weiter zurück gebaut wird. Diese PM gibt nicht den Tenor dieses Stadtrats wieder. Dann braucht sich Herr Brohm nicht wundern, wenn die Zusammenarbeit immer schwieriger wird. Mit solchen Aussagen stößt Herr Brohm allen Stadträten vor den Kopf.

Herr Jacob findet, dass diese PM nichts mit Berichterstattung zu tun hatte. Dort stand, dass man fair und ordentlich miteinander umgehen sollte. Dies sollte Herr Brohm tun. Diese PM hatte nichts mit dem zu tun, was dort stattgefunden hat. Er findet, dass die PM peinlich ist.

Für **Herrn Rentner** stellt sich das so dar, dass man beides braucht, Kitas im ländlichen Raum und mehr Kinder.

TOP 7: Antrag der Fraktionen WG Lüderitz und CDU-WG Zukunft - Beratung der Satzung zur Entschädigung ehrenamtlich Tätiger **Vorlage: BV 0154/2024**

Frau Braun berichtet über die Fraktionsvorsitzendenrunde. Dort wurde gesagt, so wie die Verordnung es vorsieht, so soll der Bürgermeister die Entschädigungssatzung einbringen und da gehört die Feuerwehr dazu. Das ist nicht gemacht worden. In dem Jahr 2021 hat Herr Brohm rückwirkend zum 01.01.2021 eine extra Entschädigungssatzung für die Feuerwehren gemacht. Deswegen möchte die Feuerwehr aussetzen. Sie meint, man ist aber für die anderen Ehrenamtlichen zuständig. Es ist traurig, dass den Stadträten ein schlechtes Gewissen eingeredet wird, dabei steht es

allen zu. Die Zuwendungsrichtlinie hat Herr Brohm in den Stadtrat einzubringen und mit den Kameraden, so wie sie es haben möchten, zu besprechen. Sie weist, Herrn Brohm darauf hin, wenn er noch einmal ihren Antrag dividieren, dann geht sie dagegen vor.

Herr Jacob findet es schade, dass man sich in dieser Form auseinandersetzen muss. Er spricht über die Tagung, die zwischen der Verwaltung, dem Bürgermeister und der Feuerwehr stattgefunden hat. Es kam so rüber, dass die Feuerwehr denkt, dass die Stadträte etwas Schlechtes möchten. Man versucht eine sachliche Arbeit zu machen, die gelingt aber nur, wenn man dies gemeinsam macht und sich nicht gegenseitig austrickst. Wenn die Feuerwehr der Meinung ist, dass ihre Entschädigung ausreichend ist, wird das doch akzeptiert. Sollte die Feuerwehr darüber hinaus der Meinung sein, dass Nachholbedarf in anderen Bereichen vorhanden ist, dann müsste man sich in sachlicher Grundlage damit auseinandersetzen. Dann müsste man das beheben, damit das erreicht wird, was das Gesetz möchte, nämlich die Ehrenamtlichen bei der freiwilligen Feuerwehr, so zu motivieren, dass sie gerne ihren Dienst machen. Das Innenministerium hat sich darüber Gedanken gemacht, weil es einen Schwund gibt in der ehrenamtlichen Bereitschaft. Man möchte mit dieser Entschädigung entgegenwirken. Er hält das für ein vernünftiges, angemessenes Vorgehen.

Herr Mildt erklärt, dass die Feuerwehr lieber Geld für neue Ausrüstungen haben möchte. Er meint, die Aufwandsentschädigung ist für die Stadträte ein Angebot. Es wird hier immer suggeriert, dass man das umsetzen muss, weil es eine Verordnung ist. Es muss nicht angenommen werden. Er berichtet, dass es in den Sitzungen nur immer darum geht, woher man Geld hernehmen kann. Er zählt einige Beschlüsse auf, wo das Geld heraus geht. Er wartet auf den ersten Antrag, wo Geld hereinkommt. Er findet, was beschlossen gewesen ist, muss auch gemacht werden.

Herr Rentner hat die Fraktionsvorsitzendenrunde anders in Erinnerung. Dort wurde gesagt, dass sich nicht im Stadtrat gekloppt wird, dass irgendeiner sich die Taschen vollmacht. Er hat damals nachgefragt, es ging nur um die Entschädigung der Stadträte und Ortschaftsräte. Die Feuerwehr war damals kein Thema. Ihm hat die Feuerwehr auch gesagt, dass ihnen die Ausrüstung wichtiger ist. Es ist wichtig, dass die Beschlüsse aus dem Ortschaftsrat mit Unterstützung der Verwaltung laufen.

Herr Fettback erklärt, dass es hier in diesem Antrag nicht um die Feuerwehr geht.

Herr Fettback bittet um Abstimmung über die BV 0154/2024.

Die Fraktionen WG Lüderitz und CDU-WG Zukunft beantragen, der Stadtrat möge über die 2. Änderung zur Satzung über die Entschädigung ehrenamtlich Tätiger der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte (siehe BV 0089/2024) erneut diskutieren und diese rückwirkend zum 01.07.2024 beschließen.

Abstimmungsergebnis: 4x Ja, 3x Nein, 1x Enthaltung

TOP 8: Antrag der Fraktionen WG Lüderitz und CDU-WG Zukunft - Aufnahme und Beratung der Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte **Vorlage: BV 0155/2024**

Frau Braun spricht ohne Mikrofon.

Herr Rentner spricht davon, was er von dieser Verordnung hält.

Herr Jacob hat das so verstanden, dass die Erhöhung schon erfolgte und nun soll es nicht erhöht werden. Man hat in ganz vielen Bereichen Ehrenamtliche, die aus seiner Sicht eine Anerkennung benötigen würden.

Herr Mildt findet, man gibt immer nur Geld aus, obwohl wir nichts haben. Die Fraktion AFD sagt dazu nein und sagt auch zu der neuen Stelle für Namibia nein. Es sollte angefangen werden, zu sparen.

Herr Jacob erklärt, dass man dann das gesamte System der Finanzierung der Kommunen abschaffen oder ändern muss. Man bekommt etliche Aufgaben aufgebürdet und wird aber nicht ausreichend ausgestattet mit den Finanzen. Egal, wie man sich verhält, wird es ein Defizit geben. Dies kann nur geändert werden, wenn man vom Bund und Land ordentlich ausfinanziert wird.

Herr Mildt berichtet, dass es in allen Kommunen so ist.

Herr Fettback bittet um Abstimmung über die BV 0155/2024.

Die Fraktionen WG Lüderitz und CDU-WG Zukunft beantragt, der Stadtrat möge ebenfalls über die Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr der Ein-

heitsgemeinde Stadt Tangerhütte diskutieren und rückwirkend zum 01.07.2024 beschließen.

Abstimmungsergebnis: 6x Ja, 0x Nein, 2x Enthaltung

**TOP 9: Haushaltskonsolidierungskonzept 2025 – 2033
0151/2024**

Vorlage: BV

Frau Braun spricht ohne Mikrofon.

Frau Altmann erklärt, dass es so besprochen worden ist, dass der Änderungsantrag zum Haushalt entsprechend an den Beschlüssen gehangen wird. Die Auflistung der Jobs wurde erst in der letzten Woche besprochen, dass diese Auflistung noch gebraucht wird. Diese Auflistung hat sie mitgebracht und kann dazu Ausführungen machen.

Herr Fettback findet es unglücklich, dass der Antrag und die Unterlagen dazu nicht mit verschickt worden sind. Er bittet Frau Altmann dazu Ausführungen zu machen. Er fragt die Mitglieder, ob alle diesen Antrag kennen.

Frau Braun gibt Frau Altmann recht, es wurde besprochen das der Antrag hinterm Haushalt angehängt wird.

Frau Altmann erklärt, dass der Antrag faktisch schon mit dem Haushaltsbeschluss umgesetzt wird, denn im HKK gibt es die Maßnahme zum Museum und die Seniorenbetreuung.

Frau Braun wollte aber die Auflistung haben, in welchen Ort welche Maßnahme ist. Das wollte sie schon immer jedes Jahr haben, die Auflistung der freiwilligen Aufgaben.

Frau Altmann erklärt, dass sie von der Auflistung erst vor ein paar Tagen Bescheid bekommen hat. In der zweiten Haushaltsklausur wurde darüber bereits gesprochen. Dort wurde sich darauf verständigt, dass es zwei HKK-Maßnahmen sind, diese sind eingearbeitet im Haushalt.

Frau Braun unterbricht Frau Altmann. Sie möchte eine Liste haben, über die man sprechen kann. Sie erklärt, wenn Herr Brohm die 10 € pro Kopf § 7 Mitteln auszahlt, dann können die Ortschaften diese freiwilligen Aufgaben, wie z. B. Seniorenbetreuung, selber bezahlen.

Herr Fettback liest die Anträge der WG Lüderitz und WG Altmark-Elbe vor. Er fragt sich, wie soll der Ausschuss sinnvoll arbeiten, wenn die Anträge nicht sichtbar sind.

Frau Braun spricht über ihren Jugendclub in Lüderitz. Dieser Vorgang, wie jetzt bei dem Jugendclub Grieben, ist dasselbe, wie es bei ihr auch gewesen ist.

Herr Jacob möchte wissen, was es für einen Grund gibt, dass die Unterlagen unterschiedlich von Session und den, die ausgedruckt worden sind. Er möchte des Weiteren wissen, warum kommen Anträge nicht auf die TO. Er fragt nach, ob das Willkür oder vergessen wurde.

Herr Brohm erklärt, dass hier nur Frau Braun die Unterlagen per Post bekommt. Alle, die ein Tablet haben, haben auch die Unterlagen vor sich. Es wird morgen geschaut, ob die Unterlagen herausgegangen sind. Grundsätzlich wurde beim Haushalt immer so verfahren. Wenn die Stadträte das anders haben möchten, dann kann man das besprechen.

Herr Jacob hatte gefragt, was der Unterschied zwischen SessionNet und Ausdruck ist. Bei Frau Braun hat man auch nicht das Recht, was wegzulassen.

Herr Brohm möchte wissen, was Herr Jacob mit dem Unterschied meint.

Herr Fettback meint, dass man entweder alle Unterlagen verschickt oder man verschickt keine, aber nur einen Teil geht aus seiner Sicht gar nicht.

Frau Braun weist noch einmal auf ihren Antrag hin. Dort steht, sie möchte die Liste in Vorbereitung auf den Haushalt haben und dieser soll in die Beratungsfolge gesetzt werden. Sie kann nur über den Haushalt diskutieren, wenn sie diese Liste hat. Sie meint, dass es nicht stimmt, dass es schon immer so gemacht worden ist.

Frau Altmann sieht keinen Satz in dem Antrag von Frau Braun, dass sie eine Liste möchte. Es wurde immer so verfahren, dass ein Änderungsantrag erst beraten wurde und im Endbeschluss wird entschieden, ob dieser in den Haushalt geht oder nicht.

Frau Braun spricht ohne Mikrofon.

Frau Altmann möchte wörtlich ins Protokoll haben: „Dass sie lesen kann“. Sie erklärt Frau Braun, dass es bereits im Haushalt berücksichtigt wurde. Man kann sich darüber unterhalten, wie viele Stellen es gibt.

Herr Rentner möchte wissen, wie viele Stellen es sind.

Herr Fettback übergibt Frau Altmann das Wort.

Frau Altmann erklärt, dass es um die Jobs im freiwilligen Bereich geht. Die Liste wird noch allen zur Verfügung gestellt. Man hat eine Seniorenbetreuung in Hüselitz, in Cobbel diese bekommen jeweils 40,00 € im Monat dafür. In Tangerhütte hat man zwei Museumsbetreuer und eine im Stadtarchiv diese bekommen jeweils 100,00 € im Monat.

Frau Braun fragt was ohne Mikrofon.

Herr Fettback liest den Antrag von der Fraktion WG Lüderitz noch einmal vor.

Frau Braun spricht ohne Mikrofon.

Frau Altmann erklärt, dass das HKK zwei Maßnahmen umfasst. Es ist die Maßnahme 11c Seniorenbetreuung und die Maßnahme 68 Ehrenamtliche Tätigkeiten im Heimatmuseum. Sollte man dieses HKK beschließen, dann werden nur diese Stellen gestrichen. Sie hat keine Ausführungen zu irgendeiner Reinigungskraft gemacht. Sie wüsste nicht, warum eventuell dieser Antrag hier nicht beschieden werden kann.

Herr Fettback fasst zusammen, wenn man dem HKK zustimmt, dann sind die Maßnahmen im Grund dort enthalten, egal ob dem Antrag zugestimmt wird oder nicht, weil dies schon HKK-Maßnahmen darstellen.

Herr Jacob widerspricht, da im Antrag zwei Sachen drinstehen. Zum einen die Streichung der aufgeführten Stellen und zum anderen die Bewilligung der 10,00 € pro Person der § 7 Mitteln. Er meint, wenn man dem HKK zustimmt, ist das mit den 10,00 € nicht drin. Deshalb ist es qualitativ eine andere Geschichte und dann müsste man über diesen Antrag schon abstimmen.

Herr Rentner liest aus dem HKK vor, dass für die § 7 Mitteln schon die 105.500 € drin sind. Er findet, es ist verkehrt, dass die beiden Sachen gekoppelt sind.

Frau Braun spricht ohne Mikrofon.

Herr Jacob erklärt den Zusammenhang. Damit die Aufgaben dieser Stellen übernommen werden können, brauchen die Kommunen das Geld mit den 10,00 €. Davon können die Ortschaften dann die Leute bezahlen.

Herr Rentner meint, wenn keine Haushaltssperre kommen sollte, dann bekommen die Ortschaften das Geld, da es im HKK drinsteht.

Herr Jacob möchte wissen, warum der Beschluss schädlich ist.

Frau Altmann antwortet, dass der Beschluss nicht schädlich ist. Frau Braun wollte diesen Beschluss nicht beschließen. Der Haushalt beinhaltet dies schon, weil es in der zweiten Haushaltsklausur schon besprochen worden ist.

Herr Fettback bittet um die Abstimmung über den Änderungsantrag von Frau Braun.

Der Stadtrat beschließt die Streichung dieser sogenannten Jobs als freiwillige Aufgabe, um Gerechtigkeit für alle Ortschaften herzustellen. Im Gegenzug werden verpflichtend die sogenannten § 7 Mitteln, 10,00 € pro Einwohner der Ortschaft mit jährlicher Anpassung der Einwohnerzahlen, zu 100 % ausgezahlt!

Abstimmungsergebnis: 6x Ja, 0x Nein, 2x Enthaltung

Herr Fettback lässt über den Antrag der WG Altmark-Elbe abstimmen.

Der Stadtrat möge beschließen, die Wiederaufnahme des Projektes Jugendclub Grieben in die Haushaltsplanung der Einheitsgemeinde. Die Verwaltung wird beauftragt im Jahr 2025 einen Antrag auf Förderung bei LEADER & CLLD in der Altmark-Elbe-Havel zu stellen.

Abstimmungsergebnis: 8x Ja, 0x Nein, 0x Enthaltung

Herr Fettback bittet um Abstimmung BV 0151/2024 mit den Änderungen.

Der Stadtrat der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte beschließt auf Grundlage des § 100 Abs. 3 und 5 Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17. Juni 2014, in der jeweils zuletzt geänderten Fassung, das Haushaltskonsolidierungskonzept der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte für die Jahre 2025 – 2033 gemäß beiliegender Fassung.

Abstimmungsergebnis: 4x Ja, 0x Nein, 4x Enthaltung

**TOP 10: Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2025
0152/2024**

Vorlage: BV

Herr Fettback lässt über den Antrag der WG Altmark-Elbe abstimmen.

Der Stadtrat möge beschließen, die Wiederaufnahme des Projektes Jugendclub Grieben in die Haushaltsplanung der Einheitsgemeinde. Die Verwaltung wird beauftragt im Jahr 2025 einen Antrag auf Förderung bei LEADER & CLLD in der Altmark-Elbe-Havel zu stellen.

Abstimmungsergebnis: 8x Ja, 0x Nein, 0x Enthaltung

Herr Fettback bittet um die Abstimmung über den Änderungsantrag von Frau Braun.

Der Stadtrat beschließt die Streichung dieser sogenannten Jobs als freiwillige Aufgabe, um Gerechtigkeit für alle Ortschaften herzustellen. Im Gegenzug werden verpflichtend die sogenannten § 7 Mitteln, 10,00 € pro Einwohner der Ortschaft mit jährlicher Anpassung der Einwohnerzahlen, zu 100 % ausgezahlt!

Abstimmungsergebnis: 6x Ja, 0x Nein, 2x Enthaltung

Herr Fettback bittet um Abstimmung BV 0152/2024 mit den Änderungen.

Der Stadtrat der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte beschließt auf der Grundlage des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17.Juni 2014, in der jeweils zuletzt geänderten Fassung die Haushaltssatzung § 100 und den Haushaltsplan § 101 der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte für das Haushaltsjahr 2025 gemäß beiliegender Fassung.

Abstimmungsergebnis: 4x Ja, 0x Nein, 4x Enthaltung

TOP 11: Information zur Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen

Frau Braun meint, dass man sich auf den Antrag, der in der Sondersitzung gestellt wurde, beziehen sollte.

Herr Fettback hat den Punkt mit aufnehmen lassen, weil vielleicht im Nachgang noch Redebedarf gibt. Nun gibt es die Einigkeit, dass die Kita in Demker geöffnet werden soll. Aus dem Zeitungsartikel geht der Wille, wieder zu öffnen, nicht hervor. Ihm stellt sich die Frage, ob man hier heute noch was besprechen möchte. Da keiner was sagt, schließt Herr Fettback diesen TOP.

TOP 12: Anfragen und Anregungen, Sonstiges

Herr Jacob spricht das Thema Email-Adresse für den Stadtrat an. Die Verwaltung hat dazu mitgeteilt, dass es nicht möglich ist. Er glaubt schon, dass dies möglich und notwendig ist. Er denkt, dass es gut wäre, wenn es einen Antrag einer Fraktion gibt, dass die Stadträte Informationen bekommen, unter welcher Beschlussvorlage dieser Antrag behandelt wird und man weiß, wann. Das hält er für eine ordentliche Arbeitsweise. Er war über die PM erschüttert, weil dort drin stand, dass von Bürgermeister gefordert wird, dass alle sich ordentlich ins Benehmen setzen sollen. Er hat in der Sondersitzung nicht erlebt, dass einer von den Eltern aus der Rolle gefallen ist. Herr Jacob hat das eher von Herrn Brohms Seite aus zu bemängeln gehabt. Für ihn ist das selbstverständlich, sich mit Respekt zu behandeln. Es ist auch wichtig, Lösungen den Bürgern anzubieten. Herr Brohm sollte ein Konzept für die Kinderbetreuung vorstellen und auch sagen welche Probleme bestehen. Es wurde nicht benannt, was die Mehrheit des Stadtrates gesagt hat, sondern nur die Argumente eingebracht. Diese PM war keine Berichterstattung.

Frau Braun hatte darum gebeten, nach dem Saisonende des Freibades Lüderitz, eine Aussprache zu machen, wie es weiter geht mit dem Freibad. Bis heute hat sie keinen Termin bekommen. Sie möchte, dass im Mehrzweckraum ein Treffen stattfindet, mit den Leuten vom Freibad und Verwaltung und dass ein Vorschlag gemacht wird, wie es weitergeht. So wie es in der letzten Saison gewesen ist, kann es nicht weitergehen. Sie hat darum gebeten, dass man sich über die Gesetzgebung informiert, ob man überall einen Bademeister vorhalten muss. Sie stellt einen Antrag, dass sie einen Gesprächstermin möchte. Sie regt an, dass sie einen Kontakt mit einem freien Träger der Kitas haben möchte. Frau Altmann wollte ihr einen Kontakt geben, dass ist bis heute nicht passiert. Sie möchte einen freien Träger suchen für die Kita in Lüderitz, der eventuell eine neue Kita baut.

Herr Brohm fragt zum Verständnis, ob die Entschädigung der Feuerwehr zugestimmt worden ist.

Herr Fettback erklärt, dass im Beschluss aufgeführt wurde, dass die Feuerwehrkameraden keine Erhöhung möchten. Dem sind alle gefolgt.

Herr Brohm erklärt, dass es die Begründung zu dem Antrag ist.

Herr Jacob ist der Meinung, dass man ausdrücklich gesagt hat, dass man dies akzeptiert, was die Kameraden wollen.

Herr Fettback meint, dass der Antrag aussagt, dass die Verwaltung einen Vorschlag dafür vorbereiten soll.

Herr Brohm liest den Antrag der WG Lüderitz und CDU-WG Zukunft zur Feuerwehrentschädigung vor. Dort steht nicht, dass er ein Konzept erstellen soll.

Herr Jacob liest noch einmal einen Antrag vor.

Herr Brohm hat von Herrn Fettback verstanden, dass die Kommunalaufsicht dem folgt, was die Verwaltung gemacht hat. Im Kreistag hat man auch zwei Satzungen. Er möchte wissen, ob das dann eine Bestätigung der aktuellen Satzung ist.

Herr Fettback erklärt, dass dieser Antrag in der Phase nicht in zwei TOP geteilt werden darf. In der Umsetzung, wenn es zwei Satzungen gibt, muss es extra behandelt werden. Das wäre dann der zweite Schritt gewesen.

Herr Jacob fragt nach, wem das stört, wie der Antrag gestellt worden ist. Dieser Antrag gehört so darauf, dann hätte die Verwaltung sagen können, wenn der beschlossen wird, braucht man zwei Beschlüsse.

Frau Braun erklärt, dass im Kreistag die Entschädigung auch beschlossen wurden ist.

Herr Brohm antwortet, dass es im Kreistag verschiedene Satzungen und verschiedene Beschlüsse gibt. Er meint, dass es eigentlich drei Beschlüsse gewesen wären.

Herr Fettback findet, Herr Brohm hätte die Fraktionen anschreiben können, dass man den Antrag auf die TO nimmt, mit dem Hinweis, dass man zwei Satzungen hat. Man kann nicht über einen TO zwei Satzungen abstimmen. Eine andere Möglichkeit wäre, wenn man die Satzung aufhebt und miteinander verschmelzt. Dann hätten die Fraktionen sagen können, wie das gemacht werden soll. Aber Herr Brohm hat das eigenhändig abgeändert. Er hat die Frage bekommen, warum ist das so auf die TO, das wurde aber anders gestellt. Herr Brohm hätte einen Hinweis an die Fraktionen geben können.

Frau Braun spricht über die Hebesätze und hat 7 Beispiele nach der neuen Grundsteuer vorzuliegen. Fakt ist, von 7 sind 2 etwas niedriger und die anderen alle höher. Das trifft auch für die A-Steuer zu. Es wird für die Genossenschaft, wenn man bei den Hebesatz 350 bleibt, teurer. Damit ist man nicht wirtschaftsfördernd. Sie warnt davor, weil man noch keinen klaren Überblick hat, wie sich das entwickelt. Es sollte keine Bereicherung und Verteuerung für den Bürger sein. Sie warnt davor, gleichgültig mit der Hebesatzung umzugehen. Sie bittet darum, dass man sich in den Fraktionen damit befasst wird.

Herr Jacob hatte sich auch erkundigt. Es gab das große Versprechen der Politik an die Bürger, dass keiner mehr bezahlen soll. Die Kommunen sollen das nicht benutzen, um sich zu sanieren. Man hatte hier Zahlen gehabt und diese Zahlen konnten nicht aussagen, wie es tatsächlich aussieht. Wenn man möchte, dass die Aussagen glaubhaft sind, dann müssen wir darauf achten, dass unsere Bürger nicht mehr bezahlen. Er sieht auch, dass ein großer Teil mehr bezahlen wird. Wenn das so sein sollte, wird er Frau Braun zustimmen und im nächsten Jahr das überprüfen und dementsprechend anpassen lassen.

Herr Fettback hat das anders wahrgenommen, dass sich die Kommunen nicht besserstellen dürfen. Der Ortschaftsrat Bellingen hat einen Antrag eingebracht, dass man dies über zwei Jahre betrachtet. Falls der Hebesatz zu hoch ist, soll dieser im Folgejahr angepasst werden.

Herr Brohm merkt an, dass nicht die Kämmerin für das Geld zuständig ist, sondern der Stadtrat. Der Gesamtauftrag liegt bei den Stadträten. Letztendlich legt die Gemeinde einen Hebesatz fest und alles, was der Bürger mit dem Finanzamt zu tun hat, kann man nicht beeinflussen.

Frau Altmann erklärt, dass man in der letzten Fraktionsvorsitzendenrunde Zahlen vorgelegt hat. Es liegen 68 % der Daten vom Finanzamt vor. Mehr Daten hat man nicht und damit muss gearbeitet werden. Es sieht so aus, dass in der Grundsteuer B 12 % weniger Einnahmen zu erwarten sind. Sie hält es im Moment für falsch einen Beschluss zu fassen, der die Einnahmen schmälert. Es wurde erklärt, warum die Grundsteuer A eventuell teurer wird, weil es vorher keine Veranlagung für Grundstücke bis 8000m² beim Finanzamt gab. Frau Altmann sieht keine Bereicherung von dem Verbleib der Hebesatzung. Der Vorschlag von seitens der Verwaltung ist, die Hebesatzsatzung für 2025 zu belassen.

Frau Braun widerspricht, weil man noch nicht weiß, wohin die Reise geht. Sie lehnt es ab, die Bürger und die Bauern zu belasten. Der Stadtrat ist dafür zuständig nach dem Gewissen zu entschei-

den und dem Gesetz Genüge zu tun. Keine Verteuerung für den Bürger und keine Bereicherung der öffentlichen Hand.

Herr Rentner erklärt, dass das Bundesverfassungsgesetz dem Gesetzgeber mit auf dem Weg gegeben hat, dass die Einheitswerte nicht mehr aktuell sind. Daraufhin wurde die Grundsteuerreform gemacht, um die ertragsreichen Grundstücke gerechter besteuern zu können.

Herr Fettback schließt die Öffentlichkeit um 20:56 Uhr.

Öffentlicher Teil

TOP 16: Wiederherstellung der Öffentlichkeit

Herr Fettback stellt die Öffentlichkeit um 21:04 Uhr wieder her.

TOP 17: Bekanntgabe der in nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse

Es wurden keine Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefasst.

TOP 18: Schließung der Sitzung

Herr Fettback schließt die Sitzung um 21:04 Uhr.

Fertiggestellt am 10.12.2024